

Beschlussprotokoll des Parteitags der SP Schweiz

25. Oktober 2025 in Sursee

Vorsitz: Tom Cassee (Generalsekretär der SP Schweiz)

Protokoll: Judith Schmid und Till Stuker

Anwesend: 437 Delegierte, 180 Gäste, 20 Medienschaffende

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen des Parteitags werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert. Die Schlussdokumentation inklusive aller am Parteitag behandelten Geschäfte ist hier zu finden: www.spschweiz.ch/sursee2025.

1. Eröffnungsgeschäfte und Begrüssungen

Der Parteitag wird von Tom Cassee, Generalsekretär der SP Schweiz, eröffnet. Speziell begrüsst er neben sich Manuel Graf, den neuen Abteilungsleiter der politischen Abteilung der SP Schweiz sowie stellvertretenden Generalsekretär.

Es folgt ein Grusswort von Yvonne Zemp Baumgartner, Stadträtin Sursee. Yvonne Zemp Baumgartner begrüsst die Genoss:innen und erzählt, dass der Frauenanteil in der Surseer Politik stark zugenommen hat. Sie spricht über die Lage in Sursee und über die Lebensqualität. Aber auch hier sei die Kaufkraft unter Druck und auch der Verkehr macht zu schaffen. Es gebe aber ein breites Sport- und Kulturangebot. Sie lädt die Genoss:innen ein, die Altstadt zu besuchen und wünscht eine gute, konstruktive Versammlung am Parteitag.

Ylfete Fanaj, Regierungsrätin Kanton Luzern, begrüsst ebenfalls alle Anwesenden. Sie stellt den Kanton Luzern als natürlichen Brückenbauer ins Zentrum – geprägt von der Verbindung von Bergen und Stadt, von Institutionen wie Caritas und Suva und von wirtschaftlicher Offenheit. Dieses Selbstverständnis verknüpft sie mit gelebter Humanität: Von sieben verletzten Kindern aus Gaza hat Luzern eines aufgenommen – ein kleiner Schritt mit grosser Bedeutung. Ylfete Fanaj hebt hervor, dass der Kanton Luzern den bilateralen Weg des Bundesrates immer unterstütze – so auch die neuen Verträge, denn gemeinsam geht es besser als allein. Weiter betont Ylfete Fanaj: Die Zukunft gehört denen, die Brücken bauen, nicht denen, die Grenzen ziehen.

Am Schluss hält der Präsident der SP Kanton Luzern, David Roth, eine Begrüssungsrede. Er betont, dass die SP Luzern mit ihm und Hasan Candan die Sitzzahl im nationalen Parlament von zuvor einem auf zwei verdoppeln konnte. Er kritisiert die in der Schweiz historisch verankerten Verzerrungen der politischen Vertretung (Stichwort Gerrymandering, zum Beispiel in Basel-Stadt/Basel-Land), verweist aber gleichzeitig darauf, dass «Was-wäre-wenn»-Debatten nichts bringen. Denn auch ohne breite Vertretungen seien Erfolge möglich (Bundesgericht in Luzern und in Schwyz). Politik aus der Minderheit heraus gehöre bei der SP

Luzern zur DNA. Die Zentralschweiz kenne Minderheiten-Erfahrungen seit dem Sonderbund und pflege die Nähe zur Romandie. Frühfranzösisch und Frühitalienisch bleiben wichtig. Fazit: Die SP ist in Luzern zwar keine Mehrheitspartei, dafür laut, hartnäckig und präsent.

2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages

Mitteilungen

Tom Cassee stellt das Gender-Watch-Protokoll des Parteitags vom 22. Februar 2025 in Brig vor und weist darauf hin, dass am Parteitag Fotos gemacht werden. Des Weiteren teilt er mit, dass auf den Tischen «Honiggänse», eine Spezialität aus Sursee, ein Flyer «Gegen Diskriminierung und sexuelle Gewalt» des Netzwerkes «Vertrauenspersonen» sowie Postkarten der neuen Themenkommission «Demokratisierung der Demokratie» zu finden sind.

Es folgt ein Votum von Heinz Looser, der die Themenkommission «Demokratisierung der Demokratie» kurz vorstellt und einen Hinweis auf die Postkartenaktion macht. Die Themenkommission will die Erosion der Demokratie besser verstehen und progressive Lösungsvorschläge erarbeiten.

Pierre-Alain Fridez stellt sein neues Buch vor «F-35 ou l’histoire d’une manipulation (F-35 – Absturz mit Ansage)» und ermutigt die Delegierten und Gäste am Büchertisch ein Exemplar zu kaufen, welches er persönlich signieren wird. Im Buch analysiert Fridez den Beschaffungsskandal des F-35.

Tom Cassee informiert, dass die JUSO einen Info-Tisch im Foyer mit Material zur Initiative für eine Zukunft, welche am 30. November zur Abstimmung kommt, haben.

Genehmigung der Geschäftsordnung

Redezeitbeschränkung

Gemäss der allgemeinen Geschäftsordnung des Parteitags gilt eine Redezeitbeschränkung von zwei Minuten. Es werden alle gebeten, sich an diese Vorgabe zu halten.

Redner:innenliste

Es gibt keine Beschränkung der Redner:innenliste.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf eines Traktandums müssen vor Beginn des Traktandums eingereicht werden. Ordnungsanträge können kurz begründet werden. Danach gibt das Präsidium eine Stellungnahme ab, danach wird abgestimmt.

Wortmeldezettel

Wortmeldungen müssen vor Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden. Sie müssen beim Kongress-Sekretariat geholt und auch dort wieder abgegeben werden. Auch Antragssteller:innen müssen einen Wortmeldezettel ausfüllen.

Beschluss des Parteitags: Die Geschäftsordnung wird genehmigt.

Wahl der Stimmenzähler:innen

Die Liste mit den Namen wird vorgelesen.

Sektor	Stimmenzähler:innen	Stellvertretungen
1	Kai Reichmuth	Philipp Ryser
2	Lisa Mathys	Thomas Fastermann
3	Markus Thomann	Werner Erni
4	Christian Büttiker	Werner Kälin
5	Linus Egli	Reto Schneider
6	Anja Meier	Elias Allmer
7	Simon Roth	Adrian Schweizer
8	Mari Luz Ordoñez	Nora Sommer
9	Marine Collardet	Dominik Fitze

Beschluss des Parteitags: Die Stimmenzähler:innen werden gemäss vorgelesener Liste gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Karin Mader und Andreas Weibel werden vorgeschlagen.

Beschluss des Parteitags: Karin Mader und Andreas Weibel werden gewählt.

Genehmigung definitive Traktandenliste

Tom Cassee informiert, dass alle Delegierten am 23. Oktober einen Nachversand zur Schlussdokumentation mit einer angepassten Traktandenliste inklusive einer zusätzlichen Resolution zu Gaza von Andrea Zryd et al. und Präsidium erhalten haben.

Beschluss des Parteitags: Die Traktandenliste wird genehmigt.

3. Protokoll des Parteitags vom 22. Februar 2025 in Brig

Das Protokoll des Parteitags vom 22. Februar 2025 in Brig wurde im Internet publiziert (vgl. [hier](#)). Danke an Judith Schmid und Moyra Strub fürs Verfassen.

Beschluss des Parteitags: Das Protokoll wird genehmigt.

4. Begrüssung und Reden von Mattea Meyer und Cédric Wermuth

Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SP Schweiz kritisiert in ihrer Rede die zunehmende Gewalt und die Normalisierung patriarchalischer Gewalt unter Donald Trump und der SVP. Sie beschreibt, wie Trumps Politik, geprägt von brutaler Rhetorik und autoritären Tendenzen, die Demokratie gefährdet und Gewalt in vielen Formen, von der Verfolgung von Migrant:innen bis hin zu Angriffen auf queere Personen, schürt. Besonders empört ist sie über die Sympathie der SVP für autoritäre Regimes und deren aggressiven, gewaltvollen Diskurs, etwa in ihrer Kampagne zur Kündigungsinitiative oder besser «Chaos-Initiative». Diese Initiative müsse um jeden Preis bekämpft werden.

Mattea Meyer verweist auch auf die erschreckend hohe Zahl von Femiziden und die brutalen Auswirkungen patriarchalischer Gewalt, die Frauen oft in ihren eigenen Häusern erfahren. Sie verurteilt die Gewalt im Nahen Osten und weist darauf hin, dass es unglaublich ist, dass sich einige Kantone weigern, verletzte Kinder aus Gaza aufzunehmen. Sie betont, dass weder antisemitische noch antimuslimische Gewalt toleriert werden darf. Gewalt, wie sie an der Demonstration in Bern vom 11. Oktober geschehen ist, muss verurteilt werden. Auch kritisiert sie die Berichterstattung im Nachgang zur Demonstration, insbesondere die von Tamedia.

Trotzdem betont sie, dass es Hoffnung gibt: In der Schweiz wurden verletzte Kinder aus Gaza aufgenommen, und immer mehr Menschen setzen sich für Frieden und Gleichstellung ein. Mattea Meyer fordert mehr Massnahmen zur Bekämpfung von Gewalt, unterstützt von sozialdemokratischen Politiker:innen, die für die Rechte von Frauen und gegen Diskriminierung kämpfen. Sie schliesst ihre Rede mit der Feststellung, dass unser Einsatz für Menschenwürde in dieser gewaltgeprägten Welt unerlässlich ist..

Cédric Wermuth, Co-Präsident der SP Schweiz spricht darüber, dass die wachsende Ungleichheit in der Schweiz – und weltweit – zu einer Bedrohung für Demokratie, Freiheit und Wohlstand wird. Ein Beispiel hierfür sei das riesige Vermögen der reichsten Menschen in der Schweiz, das sich in den letzten Jahrzehnten massiv vergrössert hat, während der Grossteil der Bevölkerung kaum vom Wirtschaftswachstum profitiert. In einer Gesellschaft, in der der Besitz von Wohlstand und Kapital immer stärker in den Händen weniger konzentriert ist, ist die Gefahr gross, dass demokratische Strukturen und die politische Teilhabe der breiten Bevölkerung ausgehöhlt werden.

Cédric Wermuth verweist darauf, dass diese Ungleichheit nicht nur gesellschaftliche Probleme, sondern auch ökologische und wirtschaftliche Herausforderungen mit sich bringt,

etwa durch den enormen CO₂-Ausstoss der Reichsten. Darüber hinaus kritisiert er, dass politische Entscheidungen häufig im Interesse der Wohlhabenden getroffen werden, etwa durch Steuererleichterungen für Multimillionäre und die Rolle von grossen Unternehmen, die politischen Einfluss ausüben. Alles, was die Kaufkraft der Bevölkerung stärken würde, wird abgelehnt. Er stellt die rhetorische Frage in den Raum: Für wen wird in diesem Land eigentlich Politik gemacht? Cédric Wermuth betont die Wichtigkeit der Initiative für eine Zukunft der Juso und der Initiative «Prämienrabatte für die Stärkung der Kaufkraft» zum Schutz der Kaufkraft der breiten Bevölkerung.

Am Ende betont er die Notwendigkeit, ein gerechteres Wirtschaftssystem zu schaffen, in dem auch die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung berücksichtigt werden – und das auf internationaler Ebene, insbesondere in Bezug auf die Beziehungen zur EU.

5. Positionspapier der SP Schweiz.

Big Tech: Gefahr für die Demokratie?

Min Li Marti stellt das gemeinsam mit Sandro Liniger verfasste Positionspapier «Big Tech: Gefahr für die Demokratie?» vor und warnt vor der demokratiepolitischen Gefahr einer Tech-Oligarchie: enorme Konzentration von Reichtum und Macht (u. a. Zuckerberg, Musk), Nähe zur Rechten und aktive Verbreitung rechter Ideologien. Technologisierung sei gestaltbar; viele Schlüsselinnovationen seien staatlich finanziert, während Plattformen dank Skaleneffekten Monopole bilden und Profite aus unknappen Gütern schöpfen. Algorithmen befördern emotionalisierende Inhalte, schwächen Medien und begünstigen Desinformation. Die Schweiz müsse sich entscheiden: europäische Verbundenheit und Regulierung oder eine Oase für Big Tech. Gefordert werden Schutz von Grundrechten und digitaler Integrität, Zugang zu sachgerechter Information, Alternativen wie Open Source und CH/EU-Lösungen, griffige Wettbewerbspolitik gegen Monopole, Besteuerung von Big Tech dort, wo der Umsatz entsteht, faire Arbeitsbedingungen, digitale Suffizienz, langlebige Hardware und Nutzung der Abwärme von Rechenzentren.

Behandlung der Anträge und Diskussion

Valérie Piller Carrard erklärt, dass zu Anträgen, die vom Präsidium der SP Schweiz zur Annahme empfohlen wurden, keine Diskussion stattfindet und diese als stillschweigend genehmigt gelten. Anträge, die das Präsidium zur modifizierten Annahme empfiehlt und bei welchen die Antragstellenden mit dem modifizierten Vorschlag einverstanden sind, gelten ebenfalls als stillschweigend genehmigt.

A-5: Julien Berthod und andere

Nathalie Ruoss verteidigt den Antrag A-5. Sie kritisiert, dass unsere digitale Welt von der Überwachung weniger Konzerne geprägt ist, Abhängigkeiten schafft und Verhalten beeinflusst. Daher fordert der Antrag das Verbot kommerzieller Überwachung. Nathalie Ruoss stellt die Frage, ob Unternehmen weiter am Beobachteten menschlichen Verhaltens verdie-

nen sollen, fordert das schrittweise Unterbinden von Tracking und Profiling, die Nichtverwendung persönlicher Daten zu wirtschaftlichen Zwecken und warnt, diese Fragen nicht dem Markt zu überlassen. Nathalie Ruoss fragt: Wem gehören die Daten – den Konzernen oder der Gesellschaft? Nathalie Ruoss bittet, den Antrag A-5 anzunehmen.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Samuel Bendahan.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: modifizierte Annahme.

Beschluss des Parteitags: Der Antrag A-5 wird abgelehnt und somit in modifizierter Form angenommen.

A-9: Julien Berthod und andere

Robin Eichmann erklärt den Antrag A-9. Robin Eichmann sagt, dass alle die Möglichkeit haben sollen, den digitalen Raum mitgestalten zu können und, dass dieser demokratisch kontrolliert werden muss. Wenn der digitale Raum in den Händen von Privaten liegt, sei dies nicht möglich. Deshalb hebt Robin Eichmann hervor, dass wir dafür kämpfen müssen. Wir sollen mitentscheiden können, Regulierungen reichen nicht aus. Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung, im digitalen Raum.

Es folgt eine Wortmeldung von Mirjam Hostetmann.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Jacqueline Badran.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: Der Antrag wird mit 200 zu 105 Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

A-12: Julien Berthod und andere

Clara Bonk verteidigt den Antrag A-12. Sie fordert, den Abschnitt zur Wettbewerbsförderung aus dem Positionspapier zu streichen. Diese Forderung sei nicht radikal, sondern Ausdruck sozialdemokratischer Grundprinzipien. Obwohl das Präsidium die Ablehnung empfehle, mit Verweis auf mögliche Nachteile für Unternehmen, hält Clara Bonk fest: Wettbewerbsförderung gehöre in ein Wirtschaftspapier, nicht in ein Positionspapier der SP Schweiz – zumal selbst das Präsidium sie nicht für zentral halte. Angesichts der Übermacht grosser Konzerne brauche es Machtbegrenzung und Regulierung statt Marktbelebung. Clara Bonk bittet den Antrag A-12 anzunehmen.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Samuel Bendahan.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Ablehnung.

Beschluss des Parteitags: Mit grosser Mehrheit wird der Antrag A-12 abgelehnt.

Bevor es zur Schlussabstimmung kommt, bedankt sich Valérie Piller Carrard bei den Verfasser:innen des Positionspapiers Min Li Marti und Sandro Liniger.

Es folgen Wortmeldungen von Andri Schwarz, Daniel Cattani und Andrea Lüchinger.

Das verabschiedete Positionspapier ist unter www.spschweiz.ch/sursee2025 zu finden.

Schlussabstimmung

Beschluss des Parteitages: Das Positionspapier «Big Tech: Gefahr für die Demokratie?» wird mit wenigen Enthaltungen verabschiedet.

Es folgt die Verabschiedung von Luciano Ferrari, dem langjährigen Abteilungsleiter der politischen Abteilung sowie dem stv. Generalsekretär der SP Schweiz. Samira Marti und Samuel Bendahan halten eine Laudatio und danken Luciano Ferrari für all seine wertvolle Arbeit. Er habe im Maschinenraum der Bundeshausfraktion geschaltet und gewaltet, ohne jemals den politischen Kompass zu verlieren.

Luciano Ferrari bedankt sich für die Worte und bei allen, die sich dafür einsetzen, dass die Partei immer wieder grosse Erfolge feiern kann, was in den aktuellen Zeiten besonders wichtig sei.

6. Rede Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider

Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider beginnt ihre Rede mit Eindrücken von einem Treffen der «Progressiven Allianz» in Luzern, wo sie über die weltweite Gleichstellung der Geschlechter sprach und betont, dass diese ein fundamentales Recht und keine Modeerscheinung sei. Sie zeigt sich erschüttert über die anhaltende Gewalt gegen Frauen und kündigt eine nationale Präventionskampagne gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt an. Baume-Schneider erinnert daran, dass Gleichstellung in der Schweiz noch nicht erreicht sei – Frauen hätten immer noch ungleiche Löhne, Renten und Bildungschancen. Im Jahr 2025 sind bereits 22 Frauen von Männern getötet worden. Das kann nicht hingenommen werden. Die Gewalt muss enden. In zwei Wochen startet die Kampagne des Bundes gegen Gewalt an Frauen.

Doch nicht nur die Frauenrechte sind unter Druck – auch Migrant:innen, Personen aus der Queer-Community etc. Sie erinnert an ihre eigene Kindheit auf einem Bauernhof und an das Leid der damaligen Saisonniers, was sie zu ihrem Engagement für soziale Gerechtigkeit bewegt habe. 2002 wurde das Statut der Saisonniers endlich abgeschafft. Sie kritisiert, dass die Idee dieser Ausbeutung immer noch verherrlicht wird von gewissen Kräften.

Elisabeth Baume-Schneider verteidigt die Personenfreizügigkeit und die bilateralen Verträge mit der EU als Errungenschaften, die sowohl Wirtschaft als auch Arbeitnehmende schützen. Die Schweiz müsse sich klar zu den europäischen Werten von Solidarität, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit bekennen. Im Innern ruft sie zu mehr Zusammenhalt und sprachlicher

Verständigung zwischen den Landesteilen auf und betont die Bedeutung der Mehrsprachigkeit für die Einheit der Schweiz – dies müsse gefördert werden, bereits im Primarschulalter. Im Gesundheitsbereich erläutert sie Massnahmen zur Kostendämpfung und zur Entlastung der Prämienzahler:innen, fordert bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte und verteidigt das solidarische Gesundheitssystem. Abschliessend spricht sie sich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für echte Gleichstellung in Haushalt und Arbeitswelt aus und ruft zum gemeinsamen Kampf für eine gerechtere Gesellschaft auf.

7. Eidg. Volksinitiative «Prämienrabatte für die Stärkung der Kaufkraft»

Samuel Bendahan und Mattea Meyer zeigen anhand einer PowerPoint-Präsentation die wichtigsten Eckwerte der Initiative auf. Die Prämien nehmen 2026 um 4,4 Prozent zu, die Löhne und Renten seien aber nicht gestiegen. Auch die Prämienverbilligungen hätten nicht zugenommen. Weiterhin würden alle eine steigende Kopfprämie bezahlen, egal wie hoch das Einkommen ist.

Die Ziele der einkommensabhängigen Prämien-Initiative sind: Die Kaufkraft der Mittelklasse (85% der Bevölkerung) soll gestärkt werden, indem Menschen mit wenig und mittlerem Einkommen mit einem Prämienrabatt entlastet werden. Zudem werden die Kinderprämien gestrichen. Dafür sollen Topverdiener:innen (ca. 15% der Bevölkerung) einen höheren Beitrag leisten: Wer viel verdient, bezahlt einen Zusatz.

Der Finanzierungsschlüssel zwischen Kantonen und Krankenversicherungen soll gleich bleiben. Ebenfalls gleich bleibt, was der Bund übernimmt. Mit diesem Anteil sollen die Beträge für die Kinder finanziert werden.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme

Beschluss des Parteitags: Die Lancierung der Initiative wird einstimmig beschlossen.

Aufgrund eines zeitlichen Engpasses wird Traktandum 10, die Rede des internationalen Gastes, Özgür Özel, Parteivorsitzender der Republikanischen Volkspartei (CHP), an dieser Stelle behandelt.

8. Unterstützung von Initiativen

Unterstützungsantrag der Volksinitiative «Für die Anerkennung des Staates Palästina»

Fabian Molina stellt die Initiative vor. Er erinnert daran, dass die UNO-Generalversammlung 1948 das Selbstbestimmungsrecht beider Völker beschlossen hat; dennoch wird den Palästinenser:innen dieses Recht weiterhin nicht anerkannt. Die Schweiz zählt nicht zu den zahlreichen Staaten, die Palästina anerkannt haben, und der Aussenminister hat keine

Schritte in diese Richtung unternommen, weshalb nur noch der Weg der Initiative bleibt. Aus Gründen des Völkerrechts und der Gerechtigkeit, so sein Fazit, soll die Schweiz Palästina als Staat anerkennen.

Es folgen Wortmeldungen von Laurie Willommet und Tim Cuénod.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Valérie Piller Carrard.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Unterstützung der Initiative (2/3 Mehrheit).

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag beschliesst, die Initiative mitzulancieren.

Unterstützungsantrag der Permafrost-Initiative

Hasan Candan stellt die Initiative vor. Er knüpft an die Gletscher-Initiative an und betont, die Permafrost-Initiative sei ähnlich und ebenso wichtig: Die Gletscher-Initiative enthalte zwar zentrale Klimaziele fürs Inland, doch das grosse ungelöste Problem seien die importierten Emissionen. Im Inland sei die Schweiz vorbildlich, rechne man jedoch die im Ausland verursachten Emissionen hinzu, gehöre sie zu den schlimmsten Verschmutzerinnen. Weil die Schweiz besonders betroffen ist vom Klimawandel sieht es schlecht aus. Hasan Candan verdeutlicht, man müsse auch dafür Verantwortung übernehmen und Menschen sowie Natur in der Schweiz sowie weltweit schützen – erst dann entstehe echte Klimagerechtigkeit. Hasan Candan empfiehlt, die Permafrost-Initiative zu unterstützen.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: Unterstützung der Initiative (2/3 Mehrheit).

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag beschliesst die Unterstützung der Permafrost-Initiative.

Leo Keller gibt ein kurzes Update zum **Projekt «Leitfaden Umsetzung Stromgesetz»** auf kommunaler Ebene. Er ruft dazu auf, dass sich Interessierte zur Mitarbeit an dem Projekt melden.

Bevor es weiter zur Parolenfassung geht, wird ein Video zur bevorstehenden Abstimmung über die JUSO-Initiative «Initiative für eine Zukunft» gezeigt. Die Initiative will eine Erbschaftssteuer von 50% für Erbschaften über dem Sperrbetrag von 50 Millionen Franken einführen. Mit den Einnahmen soll die Bekämpfung des Klimawandels finanziert werden.

9. Parolenfassungen für eidg. Abstimmungen

NEIN zur gefährlichen SVP-Kündigungsinitiative / Eidg. Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»

Samira Marti stellt den Inhalt vor. Sie warnt, die SVP-Initiative gefährde die Bilateralen und die Personenfreizügigkeit. Bei einer Annahme müssten viele Menschen, die in der Schweiz systemrelevante Arbeit leisten, um ihre Zukunft fürchten. Sie dankt diesen Menschen für ihren Einsatz und betont, man werde nicht zulassen, dass sie erneut zu Sündenböcken gemacht werden. Mit allen verfügbaren Mitteln werde man sich gegen die Initiative wehren. Isolation à la SVP würde die soziale Schweiz massiv schwächen.

Es folgen Wortmeldungen von Benoît Gaillard, Nathalie Ruoss, Krrish Dyarakoti, Jessica Jacoud und Vera Çelik.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Cédric Wermuth.

Empfehlung des Präsidiums: Nein-Parole.

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag lehnt die Initiative einstimmig ab.

NEIN zur Anti-SRG-Initiative / Eidg. Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)»

Brenda Tuosto stellt den Inhalt vor. Sie erklärt, dass wir 92 Rappen pro Tag für die SRG bezahlen, dies sei weniger als ein Kaffee koste. Die Initiative würde massiven Schaden anrichten – rund 2'500 gestrichene Stellen, keine TV-Studios sowie keine Kultur- und Sportübertragungen mehr. Die SRG sei der öffentlich-rechtliche Raum für die demokratische Debatte. Die Schweiz brauche einen Informationssender im Service public mit ausreichender Finanzierung, um die Bevölkerung zu erreichen. Dieser Kampf gehe über Medienpolitik hinaus. Es gehe darum, die Gesellschaft vor Hass und Desinformation zu schützen.

Es folgen Wortmeldungen von Maurizio Canetta, Lisa Mathys, Bruno Storni, Sophie Laville, Olivier Gutner, Tim Cuénod und Krrish Dyarakoti.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Mattea Meyer.

Empfehlung des Präsidiums: Nein-Parole.

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag beschliesst die Nein-Parole mit einer Enthaltung.

Cédric Wermuth begrüsst die 70-köpfige Gruppe der Progressiven Allianz.

NEIN zur Service-citoyen-Initiative» / Eidg. Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz»

Jessica Jaccoud stellt die Initiative vor. Sie kritisiert, dass Frauen bereits heute einen wichtigen Dienst an der Gesellschaft leisten – ohne Uniform und ohne Anerkennung – und nun durch Zwang zu noch mehr Arbeit ohne Anerkennung verpflichtet werden sollen. Fachkräfte liessen sich nicht durch billiges Personal ersetzen. Ihr Fazit: Sozialer Zusammenhalt ja, aber nicht unter Zwang.

Noémi Roten stellt Initiative als Initiantin vor.

Es folgen Wortmeldungen von Nicole Schüpbach, Roland Tschäppeler, Luca Dahinden, Fabio Casertano, Florian Schweri und Joris Fricker.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Priska Seiler-Graf.

Empfehlung des Präsidiums: Nein-Parole.

Beschluss des Parteitags: Mit grosser Mehrheit wird die Nein-Parole beschlossen.

JA zu einer gerechten Individualbesteuerung

Linda De Ventura stellt die Vorlage vor und bezeichnet sie als Kompromiss für mehr Gleichstellung und Gerechtigkeit. Alle Erwachsenen würden gleichbehandelt, unterschiedliche Familienmodelle berücksichtigt, Arbeit lohne sich wieder, und wer mehr arbeite, könne mehr vom Einkommen behalten. Vor dem Fiskus würden alle als eigenständige, gleichberechtigte Steuerzahler:innen anerkannt. Das Modell sei nicht perfekt, allein würde man keine Vorlage mit 600 Millionen Steuerausfällen erarbeiten. Ein zentraler Fortschritt sei die Abschaffung der Heiratsstrafe. Sie bittet um Unterstützung für mehr Gerechtigkeit und Gleichstellung – für eine faire Schweiz.

Empfehlung des Präsidiums: Ja-Parole.

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag beschliesst mit einer sehr grossen Mehrheit die Ja-Parole.

10. Rede internationaler Gast: Özgür Özel, Parteivorsitzender der Republikanischen Volkspartei (CHP)

Özgür Özel betont, dass es für ihn eine Ehre sei, am Parteitag der SP Schweiz zu sprechen und verweist auf die Bedeutung des Lausanner Vertrags für die Türkei. Er bedankt sich bei Cédric Wermuth und Matteo Meyer für die Möglichkeit dieser Rede und überbringt Grüsse aus Istanbul. Sein Auftritt versteht er als Signal gemeinsamer internationaler Solidarität. Sicherheit gewinne an Bedeutung, und das Interesse an der Türkei steige wegen der Sicherheits- und Demokratiekrise. Europa sehe sich einer Türkei gegenüber, die einerseits einen Putschversuch erlebt habe und andererseits über Sicherheitsgarantien sowie eine starke

Rüstungsindustrie verfüge. Daher müsse die Türkei in ein neues Sicherheitssystem eingebunden werden, ohne Sicherheit gegen Demokratie auszuspielen. Er erklärt, die CHP werde mit breiter Unterstützung an die Macht kommen, für Sicherheit und Demokratie stehen, und verweist auf Umfragen sowie wöchentliche Kundgebungen als Belege. Demokratie sei weltweit grundlegend; autoritäre Tendenzen müssten durch globale Solidarität bekämpft werden, und Sicherheit und Demokratie müssten Hand in Hand gehen. Er warnt vor destabilisierender Polarisierung, vor dem Auftrieb rechter Strömungen durch Wirtschafts- und Migrationskrisen; die CHP setze dem den Sozialstaat und ein inklusives Demokratieverständnis entgegen. Entgegen dem globalen Trend gewinne die Sozialdemokratie in der Türkei an Stärke, zugleich trete er für die Beendigung aller Kriege ein, insbesondere mit Blick auf die Ukraine und Palästina. Er bekräftigt die europäische Verankerung der Türkei, unterstützt den EU-Beitritt, fordert prinzipiengeleitete Beziehungen und gemeinsame Sicherheit in Europa sowie gemeinsames Eintreten gegen Autoritarismus, für Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Rede von Mithat Sancar, Co-Vorsitzender der HDP (Türkei)

Mithat Sancar dankt für die Möglichkeit der Rede. Er erklärt, dass wir in einer Zeit leben, in der gemeinsame Werte und Prinzipien immer mehr verdrängt werden – Werte wie soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Er wünscht sich eine Welt, die auf diesen Grundsätzen aufbaut. Leider geschieht derzeit fast überall das Gegenteil.

Es ist ihm eine Ehre, heute hier vor so vielen progressiven Menschen sprechen zu dürfen. Die Entwicklungen in der Türkei ziehen internationale Aufmerksamkeit auf sich. Ein Friedensprozess kann jedoch nur in einem demokratischen Staat gelingen – denn Frieden ist die Grundlage der Demokratie, und Demokratie ist die Grundlage des Friedens. Beide Ziele dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Viele seiner Genoss:innen sitzen noch immer im Gefängnis. Doch jetzt besteht die Chance, gemeinsam Frieden und Demokratie aufzubauen. Dies kann aber nur von unten geschehen – mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung.

In Zeiten, in denen Autokratie der Demokratie und Krieg dem Frieden vorgezogen werden, müssen sich progressiven Kräfte diesem Trend entschieden entgegenstellen – mit den Mitteln des Friedens, der Gerechtigkeit und der Demokratie. Ein Meilenstein dieses Friedensprozesses ist der Aufruf von Abdullah Öcalan, die PKK aufzulösen und die Waffen niederzulegen. Damit soll ein jahrzehntelanger Konflikt beendet werden. Doch Frieden bedeutet mehr als das Schweigen der Waffen – er braucht rechtsstaatliche Garantien und demokratische Mechanismen, die den Frieden absichern. Frieden in der Türkei bedeutet auch Frieden in der Region – eine Stabilisierung des Nahen Ostens. Es bleibt viel zu tun, doch Mithat Sancar betont, dass er mit all seinen Kräften weiter dafür kämpfen wird.

11. Statutarische Geschäfte

Jahresrechnung 2024

Die Jahresrechnung 2024 liegt vor und kommt ohne weitere Erläuterungen zur Abstimmung.

Empfehlung Parteirat: Genehmigung Jahresrechnung 2025.

Beschluss des Parteitags: Die Jahresrechnung wurde einstimmig angenommen.

12. Genehmigung Berichte

Jahresbericht 2024

Der Jahresbericht wurde im Internet veröffentlicht und ist auf der Webseite zu finden (Link: <https://www.sp-ps.ch/jahresbericht/jahresbericht-2024/>)

Empfehlung Präsidium: Genehmigung Jahresbericht.

Beschluss des Parteitags: Der Jahresbericht wurde einstimmig angenommen.

Bericht des Parteirats und politischer Ausblick

Der Bericht des Parteirats inklusive des politischen Ausblicks ist in der Schlussdokumentation des Parteitags zu finden.

Empfehlung Präsidium: Genehmigung Bericht des Parteirats.

Beschluss des Parteitags: Der Bericht des Parteirats wurde einstimmig angenommen.

13. Resolutionen und Anträge

A-1 Leo Keller und andere: Erarbeitung eines geopolitischen Positionspapiers

Leo Keller stellt den Antrag vor: Der Parteitag soll beschliessen, dass die SP Schweiz ein Positionspapier zur «Zukunft der Schweiz in der multipolaren Welt und den Aufgaben der Sozialdemokratie» ausarbeitet. Das Präsidium soll einen Entwurf erstellen und ihn den zuständigen Themenkommissionen zur Weiterbearbeitung vorlegen. Diese Kommissionen erarbeiten gemeinsam den definitiven Text, der vom Parteirat beraten und finalisiert wird. Ziel ist, das Positionspapier dem Parteitag im Februar 2027 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Es folgt eine Wortmeldung von Alice Froidevaux.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Cédric Wermuth.

Empfehlung des Präsidiums: modifizierte Annahme.

Begründung: Aus Sicht des Präsidiums ist ein solcher Prozess zur Erarbeitung eines geopolitischen Positionspapiers «Die Zukunft der Schweiz in der multipolaren Welt – Aufgaben der Schweizer Sozialdemokratie» zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht. In den Jahren 2026 bis 2028 ist voraussichtlich über die «SVP-Kündigungsinitiative» (10-Mio-Schweiz), die **Bilateralen III**, die **Neutralitätsinitiative** und gegebenenfalls die **Kompass-Initiative** abzustimmen. Diese Volksentscheide werden die Schweizer Aussenpolitik, die Stellung der Schweiz in der Welt sowie das Selbstverständnis unseres Landes grundlegend prägen – und damit auch unsere aussenpolitische Rolle als Schweizer Sozialdemokratie. Den darüber hinaus gehenden Diskussions- und Positionierungsprozess bereits jetzt mit Blick auf eine Beschlussfassung am Parteitag im Februar 2027 zu starten, wäre problematisch: Wir riskieren, unter Umständen von den Ereignissen überholt zu werden. Der Antrag stellt wichtige und legitime Fragen, doch ein seriöser und breit abgestützter Prozess setzt die vorgängige Klärung der erwähnten Grundsatzabstimmungen an der Urne voraus.

Als Alternative schlägt das Präsidium folgendes zweistufiges Vorgehen vor:

1. Parteitag vom 28. Februar 2026: Diskussion und Beschluss über eine Präsidiums-Resolution zur Aussenpolitik mit Fokus auf die aktuellen politischen Herausforderungen, namentlich die anstehenden Volksentscheide zur sog. Neutralitäts-Initiative, zur Kompassinitiative, zur Kündigungsinitiative und zur Europapolitik.

2. Nach den genannten Volksentscheiden: Das Präsidium legt die Modalitäten für die Entwicklung einer aussen- und geopolitischen Standortbestimmung fest, bei der Themenkommissionen, Parteirat und weitere interessierte Gremien innerhalb der SP Schweiz mitmachen können.

Beschluss des Parteitags: Der Antrag wird abgelehnt. Modifizierte Annahme gemäss Vorschlag Präsidium wird angenommen.

R-1 der SP Migrant:innen zur Situation in Sri Lanka

Theepika Shanmugarasa stellt die Resolution vor: Die SP Schweiz verurteilt die systematische Gewalt und die schweren Menschenrechtsverletzungen an den Eelam-Tamil:innen als mögliche Form des Völkermords. Sie fordert vom Bundesrat und den internationalen Gremien eine Prüfung dieser Verbrechen im Rahmen der UN-Völkermordkonvention sowie unabhängige internationale Ermittlungen. Die Schweiz soll ihre Aussenpolitik klar an den Menschenrechten ausrichten und keine Zusammenarbeit mit an Kriegsverbrechen beteiligten Institutionen pflegen. Zudem soll die SP Schweiz den Dialog mit der tamilischen Diaspora stärken, das Gedenken an den 18. Mai ermöglichen und tamilischen Asylsuchenden Schutz gewähren, solange Sicherheit und Gerechtigkeit in Sri Lanka nicht gewährleistet sind.

Es folgen Wortmeldungen von Chandru Somasundaram und Ahtushan Thavarajasingam.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Claudia Friedl.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Die Resolution wird angenommen.

R-2 des Präsidiums: Der Energy Charter Treaty blockiert die Energiewende – die Schweiz muss den Vertrag kündigen!

Mathilde Crevoisier stellt die Resolution zum Energy Charter Treaty (ECT) vor. Der Vertrag schützt private Investitionen; zahlreiche Schadenersatzforderungen fielen zugunsten von Investoren aus. Er behindere die Erreichung der Klimaziele, weshalb bereits mehrere Staaten ausgestiegen seien. Der ECT diene nicht der Energiewende, sondern den Interessen von Grosskonzernen und beziehe sich auf private, nicht öffentliche Investitionen. Forderung: Der Bundesrat soll den Vertrag kündigen – der ECT gehört in die Schublade mit den fossilen Energien; sie bittet um Annahme der Resolution.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Die Resolution wurde bei einer Enthaltung angenommen.

R-3 der SP Frauen: Feministische Friedenspolitik: Finanzierung langfristig sichern

Virginia Köpfli stellt die Resolution vor und kritisiert die aktuelle Zeit der Aufrüstung und Kriegstreiberei, in der Frieden als unerreichbare Utopie abgetan wird. Die SP Frauen wollen diese Utopie mit klaren Zielen in den politischen Alltag holen: Feministischer Frieden als ganzheitliches Konzept bedeutet ein Leben frei von struktureller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Rassismus und Sexismus, mit Fokus auf jene, die am meisten leiden. Dauerhafter Frieden brauche langfristige, verlässliche Finanzierung; der Bund kürzt jedoch Friedensmittel und investiert in Aufrüstung – ein kurzsichtiger Ansatz. Sie ruft dazu auf, an der Vision einer solidarischen, friedlichen Welt festzuhalten und gemeinsam für eine feministische Version von Frieden einzutreten.

Es folgt eine Wortmeldung von Laurie Willommet.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Die Resolution wurde bei einer Enthaltung angenommen.

R-4 der SP queer: Die Gesundheitsversorgung von trans Menschen ist ein Grundrecht

Ruben Calhas Lopes stellt die Resolution vor: Die SP Schweiz kritisiert die Forderung der Zürcher SVP-Regierungsrätin Natalie Rickli, geschlechtsangleichende Operationen für Minderjährige zu verbieten, als Grundrechtsverletzung und Eingriff in die medizinische Fachkompetenz. Der Zugang zu medizinischer Versorgung für trans Jugendliche muss uneingeschränkt, diskriminierungsfrei und wissenschaftlich fundiert bleiben. Die SP setzt sich für den Ausbau der gesundheitlichen Versorgung, die Umsetzung der WHO-Standards (ICD-11) und die Förderung psychosozialer, interdisziplinärer Angebote ein. Ausserdem fordert

sie Schutz, Forschung, angemessene Ressourcen und eine inklusive Sexuaufklärung für die trans und queere Bevölkerung.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Nicht zuletzt im internationalen Kontext wird jeden Tag aufs Neue ersichtlich, wie stark queere Menschen von rechts unter Druck kommen und aufgrund ihrer persönlichen Integrität ausgegrenzt werden. Die SP Schweiz wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Rechte queerer Menschen in der Schweiz hochgehalten werden und sich alle Menschen sicher fühlen können. Dazu gehört nebst einer umfassenden gesundheitlichen Versorgung auch die Verfügbarkeit von genügend Schutzplätzen sowie genügend fachlich geschulte Fachpersonen. Die körperliche Integrität muss für alle Menschen in der Schweiz gelten, dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen.

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag stimmt mit zwei Enthaltungen der Resolution zu.

R-5a des Präsidiums zur Situation in Gaza

Tom Cassee erklärt, dass wir nun über Resolution 5a und 5b sprechen werden. Die Resolutionen werden beide gemeinsam diskutiert.

Cédric Wermuth erklärt, dass es bei der Resolution 5a auch Antwort auf die israelische Zivilgesellschaft ist. Dies, um den Druck auf Netanyahu aufrecht zu erhalten. Weiter betont Cédric Wermuth, die SP Schweiz habe das genozidale Massaker vom 7. Oktober klar und zu Recht verurteilt. Er spricht seine klare Unterstützung für das Hamas Verbot in der Schweiz aus, kritisiert aber, dass es keine Haltung des Bundesrats zu den Kriegsverbrechen der israelischen Armee gebe; das sei klar zu verurteilen.

Cédric Wermuth führt aus, der Begriff Genozid bedeute, dass willkürlich Leben und Lebensbedingungen ausgelöscht werden – das sei in Gaza klar der Fall. Er erinnert, die SP Schweiz habe auch in anderen Fällen einen Genozid verurteilt, und zwar auch ohne Gerichtsbeschluss, wenn sich alle Expert:innen klar geäussert hätten – wie das auch in diesem Fall so ist. Er bittet, diese Realität anzuerkennen und beide Resolutionen anzunehmen. Die zweite Resolution biete die Möglichkeit aufzuzeigen, was jetzt im Friedensprozess unternommen werden solle.

Andrea Zryd äussert sich zu den Resolutionen und betont, diese seien nicht deckungsgleich. Weiter führt Andrea Zryd aus, es sei eine Anmassung, dass sich die SP Schweiz zutraue, über den Begriff Genozid zu urteilen. Die Resolution 5a liefere einseitige Forderungen an Israel. Hauptproblem der Resolution 5a sei, dass sie nichts zu den Gewaltexzessen in Bern sage und nicht festhalte, dass es nur ohne die Hamas eine Zweistaatenlösung und einen gerechten Frieden geben könne. Gelte unsere Solidarität in erster Linie nicht den zahlreichen Netanjahu-Gegner:innen in Israel und der sehr aktiven und vielfältigen Zivilgesellschaft in Israel – eine Zivilgesellschaft, wie sie die Hamas nie zugelassen habe? Zudem sage die Resolution 5a nichts darüber, dass es in Palästina wie auch in Israel produktive Kräfte gebe, die unsere Solidarität brauchen. Zryd merkt an, dass an erster Stelle in 5a die Forderung steht, dass sich die Schweiz für den schnellen Wiederaufbau stark machen soll. Zryd

fragt, ob Beton nun wirklich wichtiger sei als Politik. Sie fordert, dass sich die Schweiz dort einbringen soll, wo um politische Lösungen gerungen werden.

Es folgen Wortmeldungen von Alice Froidevaux, Stefan Dietrich, Mesken Kahramann, Jean-Paul Peronance, Franco Cavalli, Jacqueline Fehr, Dominique Hausser, Chaim Howald, Sophie Wang, Virginia Köpfli, François Mireval, Tim Cuénod, Pia Holenstein, Martine Rouiller und Nicolas Preperier.

Tom Cassee erklärt, dass es einen **Ordnungsantrag** gibt. Priska Seiler Graf wird den Ordnungsantrag vorstellen. Der Ordnungsantrag fordert, dass heute nicht über die beiden Resolutionen (5a und 5b) abgestimmt wird. Priska Seiler Graf erklärt den Ordnungsantrag damit, dass beide Resolutionen nicht der Haltung der Partei entsprächen und eine gemeinsame Haltung ausgearbeitet werden sollte.

Tom Cassee ruft das Präsidium für eine Stellungnahme auf.

Mattea Meyer dankt für die respektvolle Diskussion zu den vorliegenden Resolutionen. Sie erklärt, dass uns in dieser Frage vieles verbindet: Uns verbindet, dass der Bundesrat untätig ist und sich vor einer klaren Haltung und Massnahmen drückt. Uns verbindet auch der Wunsch, dass die Bundesratsmehrheit endlich Druck macht – darum bittet uns auch die israelische Opposition inständig. Ziel ist, dass die Menschen endlich aufatmen können und nachhaltiger Frieden entsteht, sowohl für die Menschen in Israel wie auch in Palästina. Das Präsidium hat deshalb die beiden Resolutionen zur Vorstellung gebracht, um diesem Nicht-Handeln zu begegnen. Ja, es gebe auch Dissens. Es gibt einen Dissens, ob man von Genozid spricht oder, ob man dies einem Gericht überlässt. Sie betont, dass sehr viele Expert:innen von Genozid sprechen und der Begriff nicht leichtfertig verwendet werde. Dieser Dissens könne heute und vielleicht auch am nächsten Parteitag nicht gelöst werden. Unsere gemeinsame Position bleibt das Völkerrecht: Wir stehen auf der Seite des Völkerrechts und auf der Seite des Friedens.

Beschluss des Parteitags: Der Ordnungsantrag wird deutlich abgelehnt.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Samuel Bendahan.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme Resolution 5-a

Beschluss des Parteitags: Die Resolution wird angenommen.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme Resolution 5-b

Beschluss des Parteitags: Die Resolution wird angenommen.

R-7 Gazmendi Noli und andere: Flucht ist kein Verbrechen – GEAS ist eins!

Gazmendi Noli stellt die Resolution vor. Die SP Schweiz kritisiert die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) scharf, weil sie das Recht auf Asyl de facto abschafft und die Verfahren für Menschen aus Herkunftsländern mit niedriger Anerkennungsquote massiv erschwert. Besonders problematisch sind Zwangsmassnahmen gegenüber Kindern, die Vorratsdatenspeicherung personenbezogener Daten und die Einschränkung der Grundrechte von Schutzsuchenden. Der sogenannte Solidaritätsmechanismus verschleiert die wahren Ziele. Abschottung und finanzielle «Abkauf»-Optionen für wohlhabende Staaten. Die SP fordert stattdessen eine rechtsstaatlich organisierte, humane und koordinierte Asylpolitik, bessere Schutzbedingungen, Einführung des subsidiären Schutzstatus, Bildungsangebote zu Migration sowie Datenschutz für alle Schutzsuchenden. Ziel ist eine demokratische Vision von Aufenthalts- und Bewegungsfreiheit für alle.

Es folgen Wortmeldungen von Nathalie Ruoss und Sinem Gökçem.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Jean Tschopp.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Begründung: Die Resolution kritisiert zu Recht die Entrechtung von Geflüchteten durch das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS). Auch wir halten insbesondere die Grenzverfahren und die Haftbedingungen an den EU-Aussengrenzen für klar menschenrechtswidrig. Die SP Schweiz setzt sich mit aller Konsequenz für das Recht auf Asyl, für Schutzsuchende und für menschenwürdige Verfahren ein. Wir werden die Entwicklungen an den EU-Aussengrenzen bei der Implementierung des neuen Systems aufmerksam verfolgen und bei Verstössen öffentlich anprangern.

Bei aller berechtigter Kritik an GEAS ging es bei der Schweizer Umsetzung jedoch lediglich um den nationalen Nachvollzug des Schengen-Dublin Systems. Dabei hatte die Schweiz keinen Einfluss auf die Ausgestaltung der Grenzverfahren oder Haftlager an den EU-Aussengrenzen, welche die SP Schweiz klar ablehnt und an welchen sich die Schweiz nicht beteiligt. Trotz gravierender Mängel schafft GEAS einen europäischen Rahmen, der verhindert, dass jedes Land im Alleingang noch härtere Verschärfungen durchsetzt. Eine Renationalisierung würde für Geflüchtete noch schlechtere Bedingungen und für die Schweiz innenpolitisch massiven Druck in Richtung weiterer Entrechtung bedeuten.¹ Gerade jetzt braucht es mehr europäische Solidarität statt nationaler Alleingänge.

Im Parlament haben wir uns für möglichst hohe nationale Standards eingesetzt. Mit dem Solidaritätsmechanismus, der auch die Aufnahme von Geflüchteten vorsieht, konnte ein Element verankert werden, das über reine Repression hinausgeht und echte Solidarität ermöglicht. Für uns ist klar: Wir bleiben dran, mit weiteren Vorstössen Verbesserungen zu erkämpfen. Die in der Resolution formulierten Anliegen für eine menschenwürdige, solidarische und rechtsstaatlich verankerte Asylpolitik, werden von der SP Schweiz ausdrücklich geteilt und

¹ Siehe: Aufbruch in ein soziales und demokratisches Europa, Strategie der SP für die Schweizer Europapolitik, verabschiedet am Parteitag vom 20. Oktober 2022, S. 12 <<https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2022/11/Europa-Papier-final-deutsch-1.pdf>>.

aktiv verfolgt. So setzt sich die SP seit Jahren für eine europäisch koordinierte, rechtsstaatliche und humanitäre Asylpolitik ein. Sie kämpft für verbesserte Bedingungen für Schutzsuchende, einschliesslich der Einführung eines neuen humanitären Schutzstatus², und fordert eine grosszügigere Anwendung des Selbsteintrittsrechts³, damit besonders verletzte Personen in der Schweiz Zugang zu einem fairen Verfahren erhalten. Zudem plädiert die SP seit Beginn des parlamentarischen Prozesses für eine verantwortungsvolle und datensparsame Bearbeitung von Informationen über geflüchtete Personen und verlangt, dass Datenschutz und Privatsphäre für alle Menschen gleichermaßen gewährleistet bleiben.⁴

Mit der Annahme der Resolution bekräftigt die SP Schweiz ihr Engagement für eine Asylpolitik, die auf Solidarität statt Abschottung, auf Menschenwürde statt Entrechtung und auf Zusammenarbeit statt nationalen Alleingängen beruht. Die Resolution stärkt unseren Einsatz für ein faires, rechtsstaatliches und humanes Asylsystem – in der Schweiz wie in Europa.

Beschluss des Parteitags: Annahme

A-2 Andreas Burckhardt : Stopp F-35-Beschaffung

Inhalt Resolution: Die SP Schweiz fordert, keine neuen Waffen aus den USA zu beschaffen und insbesondere den Kauf der F-35-Kampfflugzeuge zu stoppen, um eine einseitige Abhängigkeit von einem Land zu vermeiden, dessen Regierung die europäische Sicherheit infrage stellt. Ersatzteile, Wartung und Software-Updates für bestehende Systeme wie die F/A-18 sollen weiterhin gewährleistet bleiben. Künftige Rüstungsprojekte sollen vorrangig mit europäischen Partnern geprüft werden. Der Vergleich mit historischer «Neutralität» verdeutlicht, dass es unvernünftig wäre, sich zur Verteidigung auf Waffenlieferungen von fragwürdigen Regimen zu verlassen.

Es folgen Wortmeldungen von Pierre Alain Fridez und Joris Fricker.

Das Schlussvotum für das Präsidium hält Fabian Molina.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Der Antrag A-2 wird angenommen.

² Siehe Motion Samira Marti: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20224155>

³ Ibid, Ziff. 3.

⁴ SP Vernehmlassungsantwort zum Migrations- und Asylpakt vom 23.09.2024 <<https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2024/10/2024-10-17-Vernehmlassungsantwort-der-SP-Schweiz-Schengen-Uebnahme-und-AIG-Aenderung.pdf>>, sowie SP Vernehmlassungsantwort zur Verordnungsanpassung des Migrations- und Asylpakts vom 13.10.2025, siehe Webseite SP Schweiz - zurzeit noch nicht publiziert.

14. Div. Mitteilungen

Es werden alle gebeten, die Kopfhörer zurückzugeben. Es folgt ein Dank an die SP Sursee für die grosse Unterstützung vor und während des Parteitags, die Übersetzer:innen, die Technik, das Zentralsekretariat und alle Delegierten und Gäste für die Teilnahme und den interessanten Parteitag.

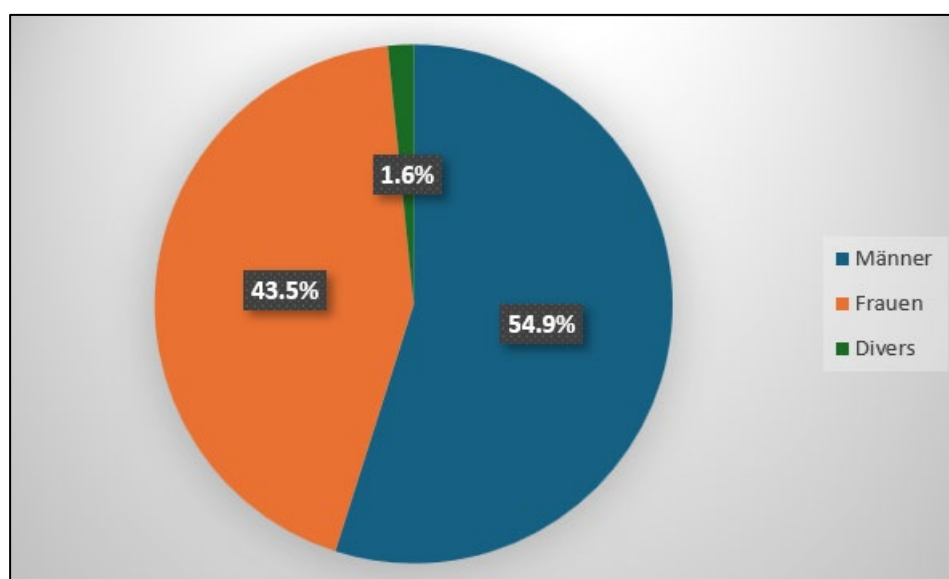
Der nächste Parteitag findet am 28. Februar 2026 in Biel und der zweitägige Parteitag am 17./18. Oktober in Thun statt.

Zum Schluss wird die Internationale gesungen.

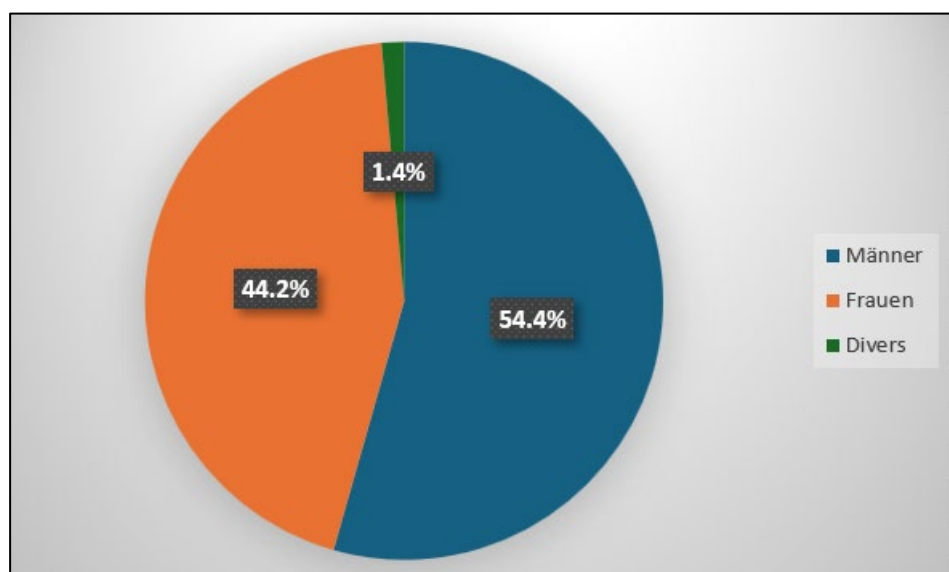
Gender Watch Protokoll

	Delegierte	Total in % Delegierte	Gäste	Total Anwesende	Total in % Anwesende
Männer	280	54.9%	61	341	54.4%
Frauen	222	43.5%	55	277	44.2%
Divers	8	1.6%	1	9	1.4%
Total	510	100%	117	627	100%

Anwesende Delegierte

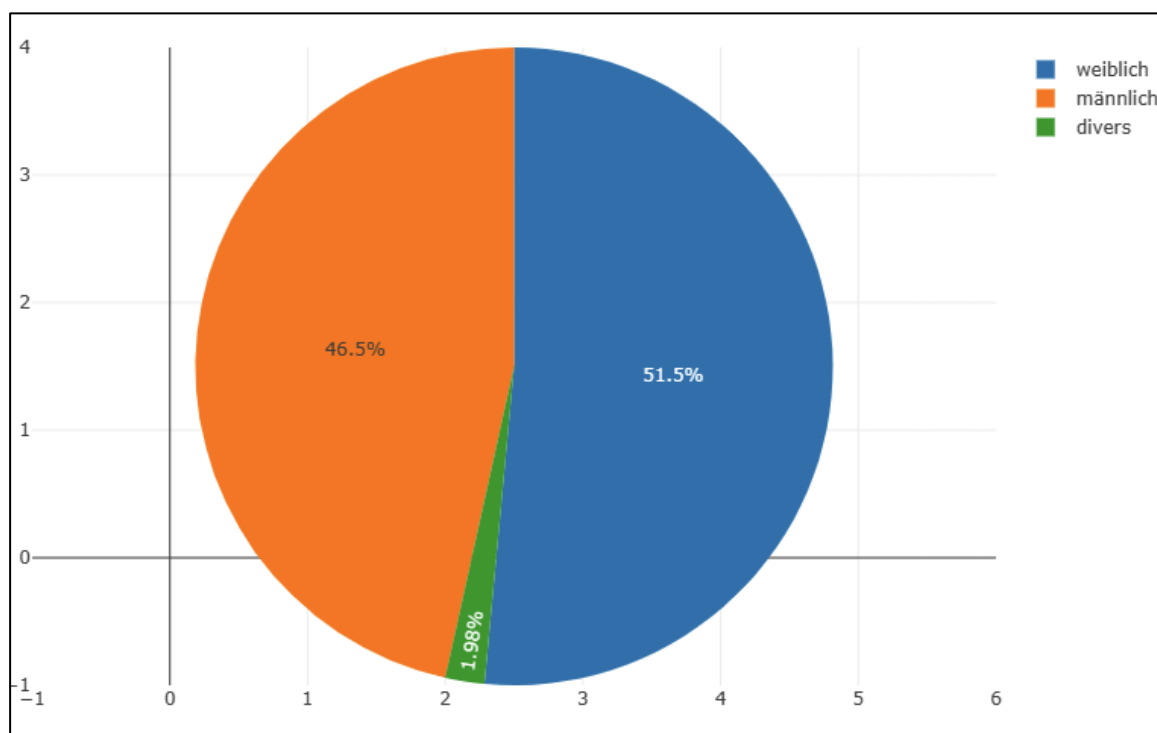


Total Anwesende

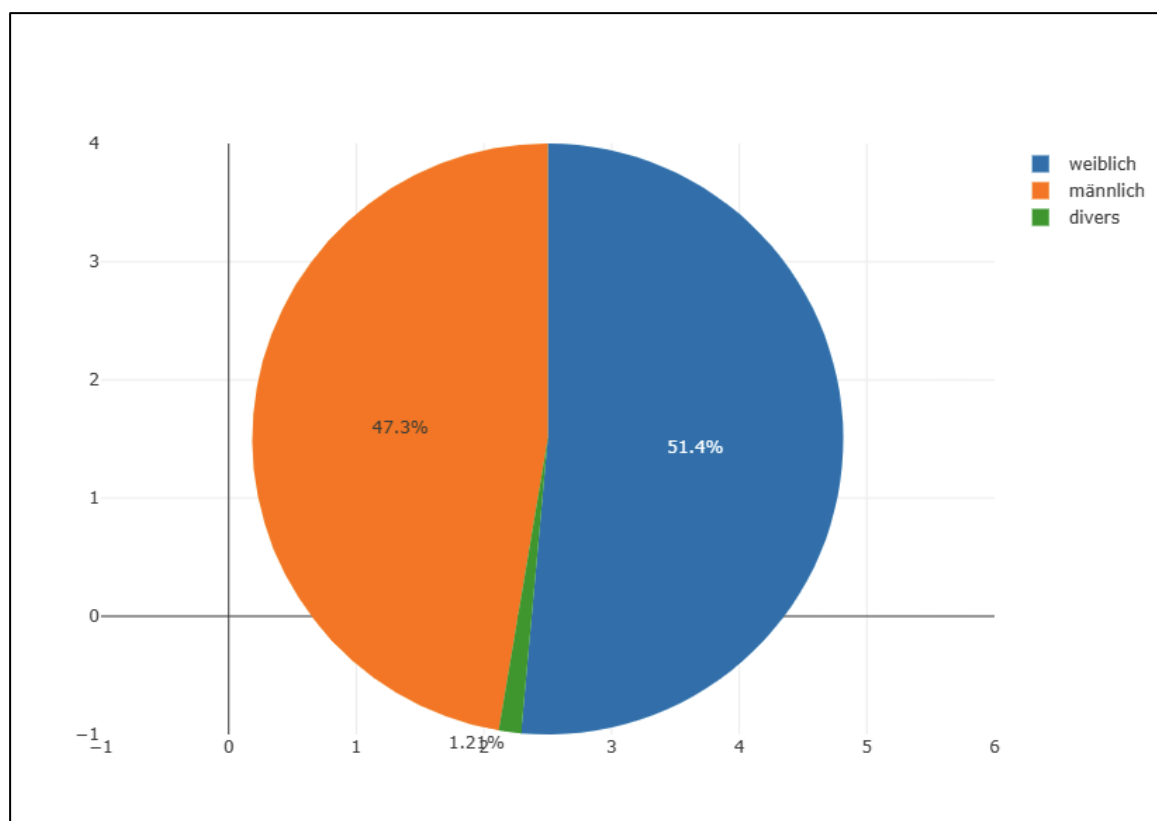


Auswertung aller Wortmeldungen

Anzahl

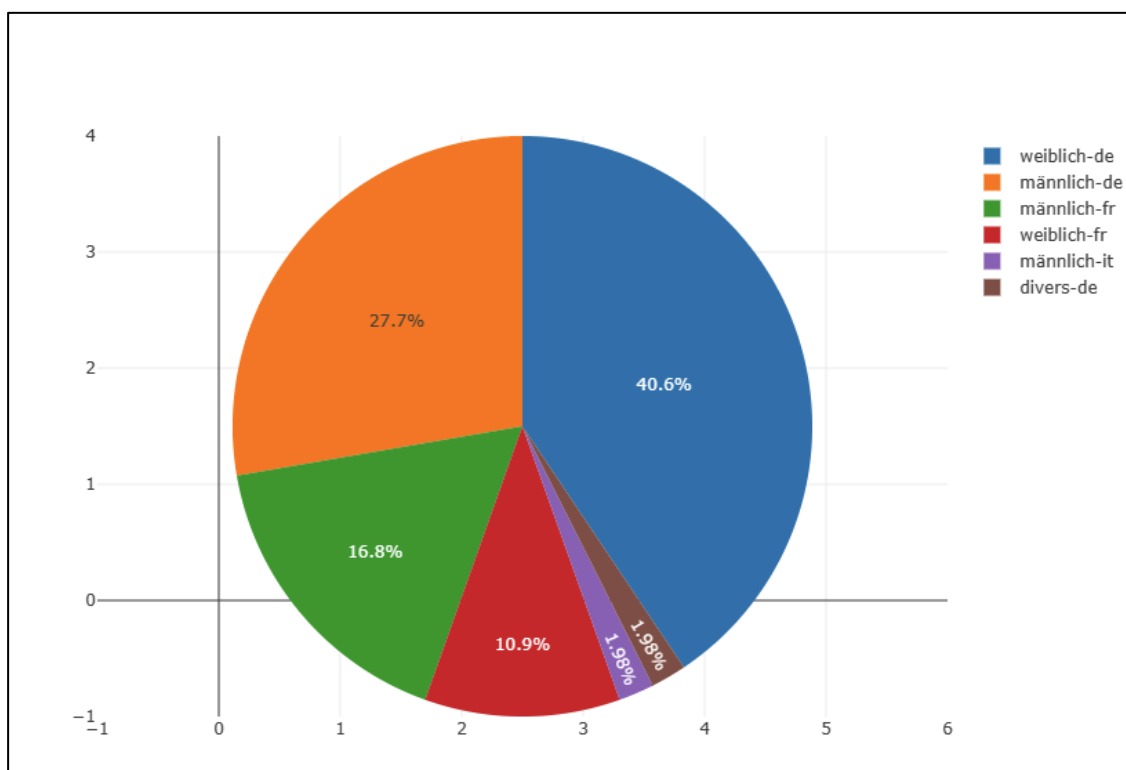


Dauer

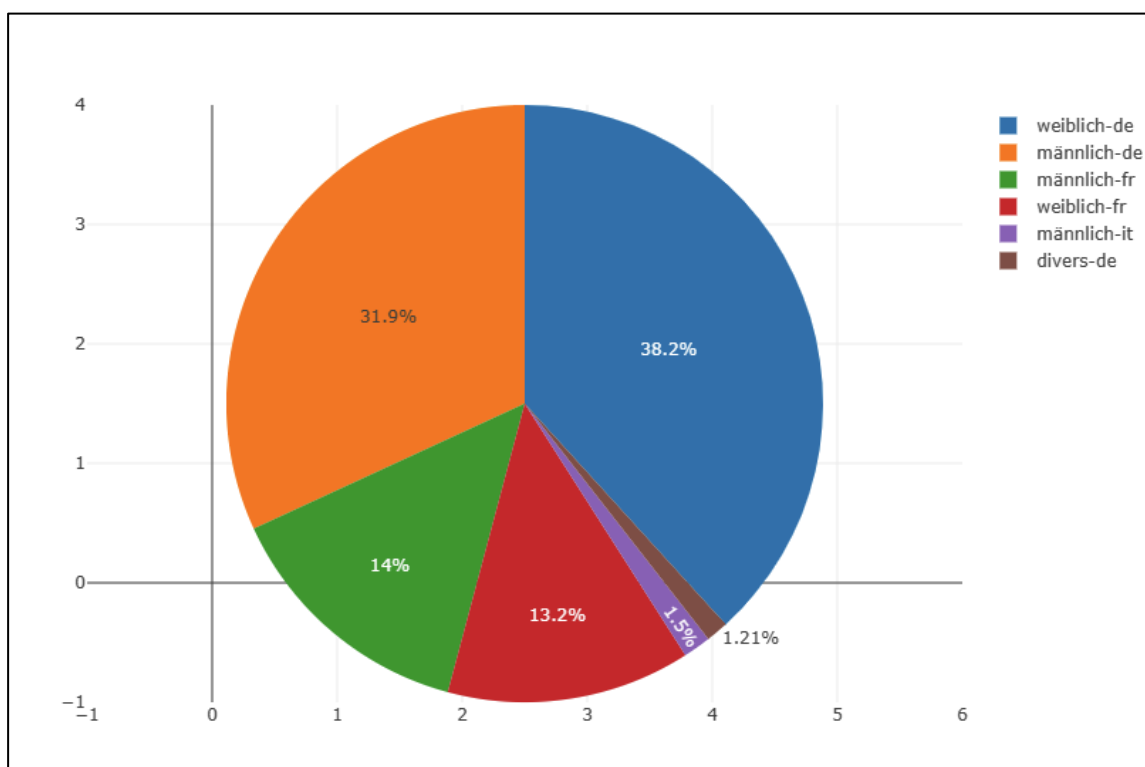


Auswertung der Wortmeldungen nach Gender und Sprache

Anzahl

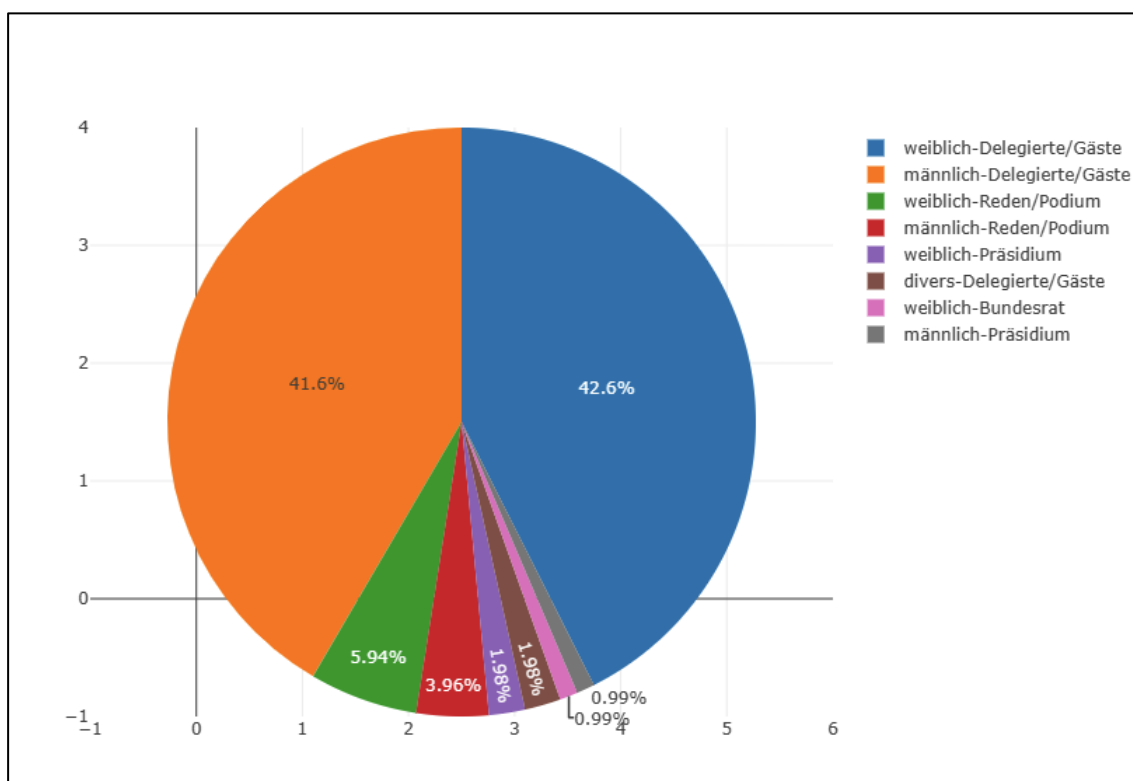


Dauer

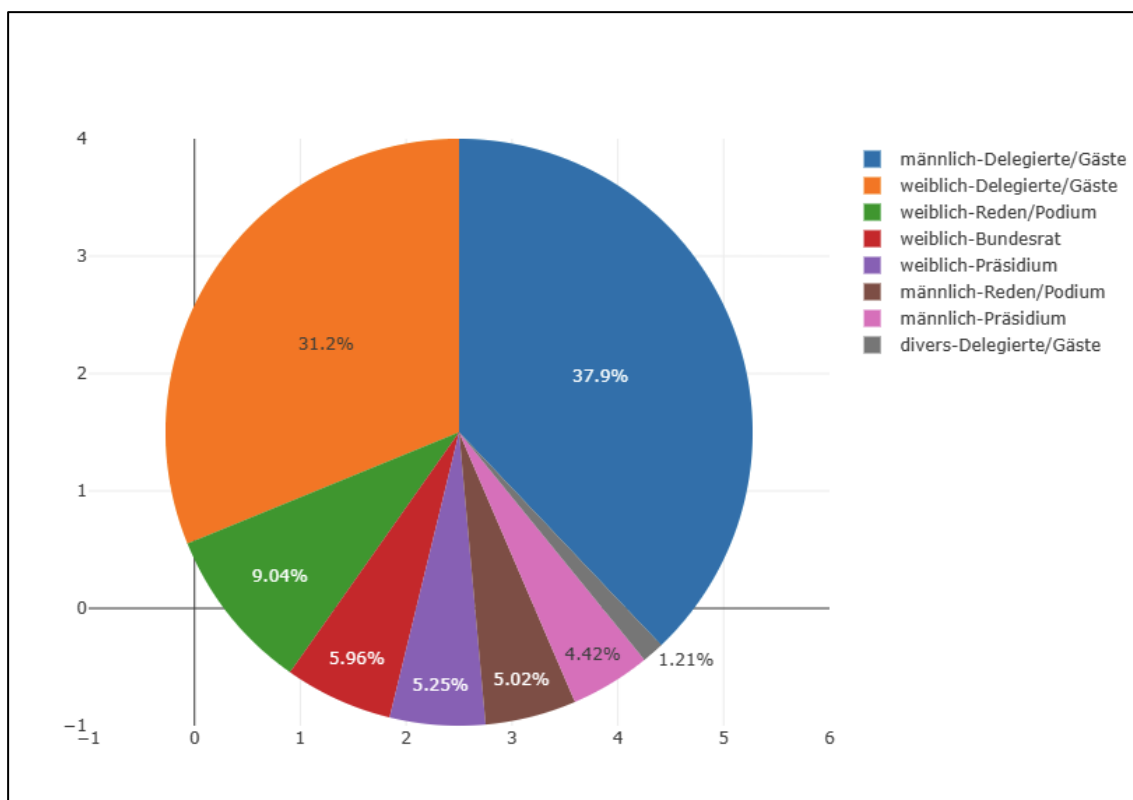


Auswertung der Wortmeldungen verschiedener Redner:innen-Gruppen

Anzahl

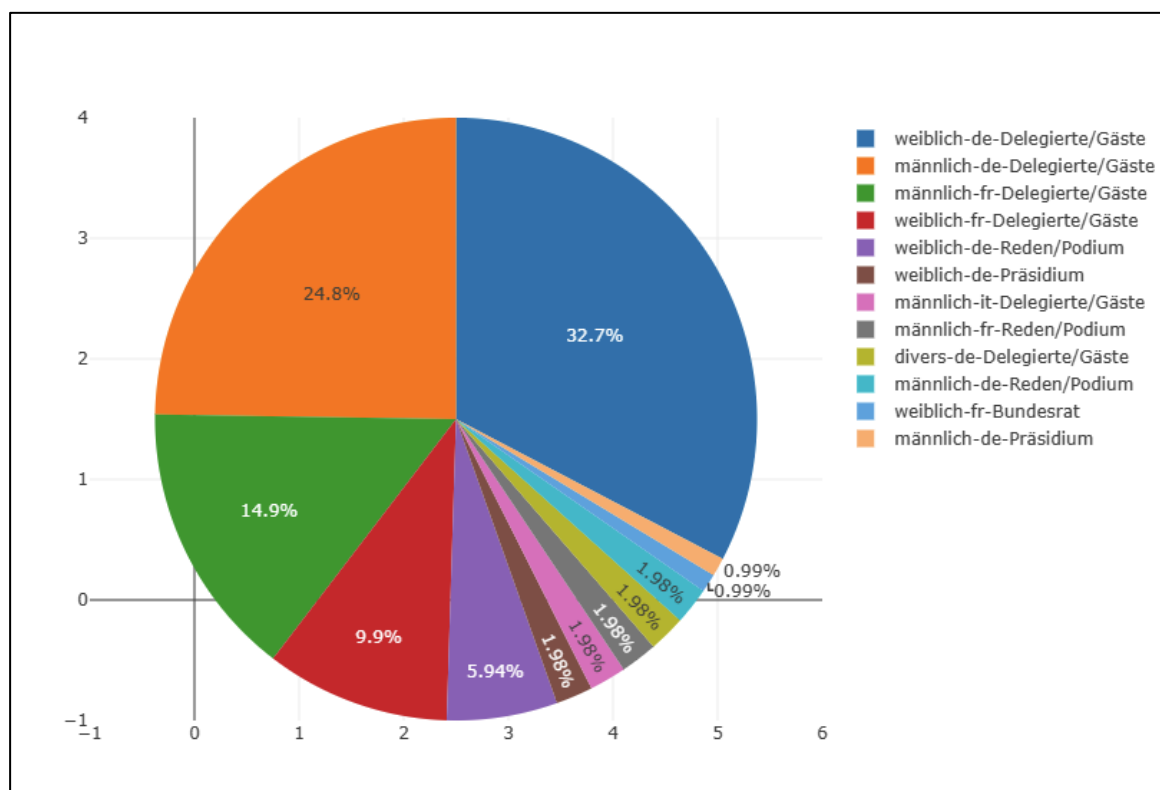


Dauer



Auswertung der Wortmeldungen verschiedener Redner:innen-Gruppen und Sprache

Anzahl



Dauer

